Morgen-Ausgabe. Nr. 612 Donnerstag, 30. Dezember 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,60 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei Selbstversand wöchentlich Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Rückersatz nur mit Gesamtausgabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Mit Mobilgarde gegen die Streikenden

Sicherung von Ruhe und Ordnung in Frankreich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Dezember.

Am Mittwoch erhielt nach einer Konferenz des französischen Ministerpräsidenten Chautemps mit Innenminister Dormoy, dem Kriegsminister Daladier und den beiden Staatsministern ohne Portefeuille der Militärgouverneur von Paris, General Bouret, den Befehl, in Anbetracht der verschärften Streiklage in Paris sofort Militär und Mobilgarde heranzuziehen, um jedem Zwischenfall vorbeugen zu können. Das Militär befindet sich im Anmarsch auf Paris, wo die Mobilgarde bereits mit Karabinern und Stahlhelm zum Schutz der öffentlichen Gebäude eingesetzt ist.

Diese Tatsache beweist trotz eines Dementis des Innenministers, daß die französische Regierung entschlossen ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Streikenden vorzugehen. In Pariser Kreisen ist man der Ansicht, daß außerordentliche Vollmachten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Kabinettsrat beschlossen worden sind. Im übrigen wird es allgemein als besonders bemerkenswert betrachtet, daß Chautemps zum ersten Male eine Abordnung der Streikenden nicht empfangen hat und sie statt dessen durch eine sehr energische Erklärung abgewiesen hat, die folgendes besagt:

Scharfe Erklärung an die Streikenden

„Die durch den Streik der öffentlichen Dienste geschaffene Lage ist ernst. Die Regierung ist entschlossen, ihr mit äußerster Tatkraft zu begegnen. Auf keinen Fall wird die Regierung eine Unterbrechung der für das Leben der Nation unerläßlichen Dienste zulassen.

Der augenblickliche Streik ist, erklärte Chautemps weiter, unter Bedingungen vom Zaune gebrochen worden, die keinen Zweifel über die Absichten ihrer Urheber lassen. Die Bewegung ist in einem Augenblick ausgelöst worden, in dem der Innenminister den Interessierten günstige Versicherungen abgegeben und ich ihnen selbst eine Unterredung zugestanden hatte. Somit findet also eine schwere nationale Unordnung, die absichtlich provoziert worden ist und die in ungerechtfertigter Weise die gesamte Pariser Bevölkerung belastet, keine Entschuldigung durch irgendeinen korporativen Beweggrund.

Ich appelliere an die Ruhe der Bevölkerung, ebenso an die Ueberlegung der Beamten der öffentlichen Dienste, die sich in eine schuldhafte Pflichtverletzung hineinreißen ließen. Die einen wie die andern müssen gewiß sein, daß die Regierung ihre Pflicht erfüllen und trotz allen Widerstandes die Wiederaufnahme der öffentlichen Dienste und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sichern wissen wird."

Appell an das „bürgerliche Pflichtbewußtsein"

Weiterhin appellierte Chautemps gegenüber Vertretern der marxistischen Gewerkschaften, denen er die Regierungsbeschlüsse bekanntgab, an das „bürgerliche Pflichtbewußtsein" der Gewerkschaftsvertreter und verwies dabei auf die schwere Schädigung der gesamten Nation. Außerdem wurde auch der Polizeipräfekt von Paris angewiesen, eine Abordnung streikender Angestellter der Stadtverwaltung nicht zu empfangen.

Mobilmachung der öffentlichen Dienste

Nach Beendigung des Kabinettsrates verlas schließlich Unterstaatssekretär Bertrand eine amtliche Verlautbarung, in der es u. a. heißt: „Der Kabinettsrat hat einmütig beschlossen, auf alle Fälle die Ordnung aufrechtzuerhalten und das unerläßliche Funktionieren der öffentlichen Dienste zu gewährleisten." Zu dem Kabinettsrat wird weiter bekannt, daß die Regierung eine Art Mobilmachung der öffentlichen Dienste, des Personals wie des Materials, beabsichtigt, falls der Streikbeschluß des Gewerkschaftsverbandes der öffentlichen Dienste nicht aufgehoben werden sollte.

Schließlich hat der Präfekt des Seine-Departements eine Abordnung der verschiedenen Gewerkschaften der öffentlichen und städtischen Angestellten empfangen und ihnen erklärt, daß Verhandlungen so lange nicht in Frage kämen, bis nicht die Arbeit wieder aufgenommen sei. Der Präsident der Handelskammer von Paris beschwert sich in einem Protestschreiben an die Regierung über „die brutale Schädigung sämtlicher Betriebe" durch das Ueberhandnehmen der Streikbewegung. Außerdem hat der Präsident der Pariser Stadtverordnetenversammlung einen Aufruf an die Pariser Bevölkerung erlassen, in dem es heißt, daß der Streik „keine Entschuldigung für sich in Anspruch nehmen" könne.

Rund 100 000 Mann im Ausstand

Tatsächlich greift die Streikbewegung auch immer weiter um sich. Neuerdings werden sogar Betriebsstörungen in der französischen Staatsdruckerei gemeldet. Der Erfolg ist, daß das amtliche Gesetzblatt Frankreichs in verringertem Umfang erscheinen muß. Die Amtsgebäude des Stadtrats und des Generalrates des Seine-Departements sind ohne Heizung. Man rechnet mit rund 100 000 Mann, die an dem Streik der städtischen Transportunternehmungen beteiligt sind. Straßenreinigung und Müllabfuhr liegen seit Mittwoch früh still.

Die Polizei gab am Abend eine Mitteilung über die Streiklage in Paris aus. Danach werden sämtliche dreißig Autobusdepots der städtischen Verkehrsgesellschaft bestreikt. Vier davon sind von den Streikenden besetzt worden. Alle Ausgangstore der Depots werden von Polizeitruppen bewacht. Von den zahlreichen Elektrizitätswerken der Pariser Elektrizitätsgesellschaft wird in 14 Werken und 8 Unterstationen die Stromlieferung aufrechterhalten. Ebenfalls werden 14 Gasanstalten bestreikt. Bei den Wasserwerken hat die Polizei 10 Reservoirs besetzt. Die Wasserbelieferung wird, soweit es möglich ist, durchgeführt.

Privatautobusse machen Geschäfte

Selbstverständlich machen durch diese Streiklage die Privatkraftwagen und Privatautobusse ein sehr erhebliches Geschäft. Die am frühen Morgen zur Arbeit Fahrenden konnten sich dieser Privatautobusse wenigstens zum Teil bedienen, die Mehrzahl war jedoch gezwungen, kilometerweit zu laufen. Auch das Fahrrad und das Kraftrad sind wieder zu Ehren gekommen. Die Verkehrsschutzleute haben alle Hände voll zu tun, um die Verkehrsknäuel zu lösen. Die Hausfrauen haben sämtliche Kannen, Wannen, Badewannen und andere Behälter mit Wasser gefüllt, um bei einem länger anhaltenden Streik keine allzu großen Schwierigkeiten bei der Bereitung des Essens zu bekommen.

Der Streik greift auch bereits auf die Provinz über. So hat in Nimes die Nahrungsmittelfabrik ihre Tore geschlossen. In Avignon sind von den Streikenden zweier Zementfabriken die Werke besetzt worden. Außerdem nimmt man auch in Paris an, daß der Streik innerhalb der öffentlichen Dienste in Paris auch auf die Provinz übergreift.

Eires Selbständigkeitserklärung berührt London nicht

Amtliche Erklärung der englischen Regierung nach Rücksprache mit den Dominions

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

London, 29. Dezember.

Mit Glockengeläut und Kanonenschüssen wurde am Mittwoch aus dem Irischen Freistaat der unabhängige Staat „Eire", der sich das Recht vorbehält, seine Beziehungen zu anderen Völkern und seinen eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aus- und Aufbau nach eigenem Gutdünken zu regeln. Von den Dächern Dublins flatterten die neuen irischen Nationalfarben Grün-Weiß-Orange. Nur ein paar englandtreue Iren hatten als Protest die englische Flagge gehißt, und von dem Hauptquartier der Republikaner wehte eine schwarze Flagge, denn diese Richtung ist mit der neuen Verfassung nicht einverstanden.

Trotzdem war dieser irische Verfassungstag für das englische Weltreich von einiger Bedeutung. Das beweist auch folgende zwar bagatellisierende, aber dennoch sorgenvolle amtliche Erklärung, die die englische Regierung am Mittwoch auf Grund von Besprechungen der Londoner Regierung mit den Regierungen der Dominions herausgegeben hat:

„Die britische Regierung hat die Lage erwogen, die durch die vom Parlament des Irischen Freistaates im Juli 1937 gebilligte und am 29. Dezember in Kraft getretene Verfassung geschaffen wird. Sie ist bereit, die neue Verfassung so zu behandeln, als ob sie nicht eine grundsätzliche Aenderung in der Stellung des Irischen Freistaates, der in Zukunft gemäß der neuen Verfassung als „Eire" oder „Irland" bezeichnet wird, als Mitglied der britischen Staatengemeinschaft herbeiführte. Die britische Regierung hat sich vergewissert, daß die Regierungen Kanadas, Australiens und Neuseelands und der Südafrikanischen Union bereit sind, die neue Verfassung ebenso zu behandeln.

Die britische Regierung nimmt von den Artikeln 2, 3 und 4 der neuen Verfassung Kenntnis. Sie kann nicht anerkennen, daß die Annahme des Namens „Eire" oder „Irland" oder irgendwelche anderen Bestimmungen dieser Artikel ein Recht auf Gebiet oder die Jurisdiktion über ein Gebiet in sich schließen, das Teil des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland ist, oder daß sie in irgendeiner Weise die Stellung Nordirlands als integrierenden Teil des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland berühren."

Weltpolitik im Auftauen

Die Tage zwischen den Jahren, als welche man den Zeitraum zwischen dem 25. Dezember und dem 1. Januar bezeichnen kann, sind von jeher die des Rückblicks und Ausblicks gewesen. Der Berliner Korrespondent einer großen Pariser Zeitung stellt fest, daß die diplomatische Bilanz von 1937 bedeutende Aktiva für das Dritte Reich aufweise. Dieser Eindruck tritt in der Auslandspresse mehrfach zutage. Nicht überall wird uns diese Anerkennung mit Genugtuung gezollt, sondern die Blätter knüpfen häufig Mahnungen an die eigene Regierung daran. Wir aber blicken mit Befriedigung auf die verflossenen zwölf Monate zurück. Sie bedeuten eine weitere wichtige Etappe auf dem Wege zur tatsächlichen völligen Gleichberechtigung. Aufbauend auf den Großtaten der vorhergehenden Jahre, der Einigung Deutschlands und der Wiederherstellung der Wehrhoheit und der Wehrkraft, konnte Deutschland im fünften Jahre seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus eine Stellung erringen, die das Reich Seite an Seite mit Italien zum festesten Friedenspfeiler in Europa macht. Die Aktivität der deutschen Friedensbestrebungen hat die Weltpolitik aufgetaut und in Bewegung gebracht. Eine gewisse Entspannung ist eingetreten in Europa. Die Hoffnung ist nicht mehr unberechtigt, daß sich langsam in den Beziehungen der Völker untereinander ein neuer Geist durchzusetzen beginnt.

Die „Marokko-Krise"

Wie groß die zurückgelegte Wegstrecke ist, tritt aber erst dann voll zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Auftakt zu 1937 alles andere als friedlich und ausgleichend war. Eine wüste Lügenkanonade stand am Beginn. Kaum hatten am 7. Januar Deutschland und Italien Frankreich und England auf die Vorschläge zur Spanienfrage in einer Weise geantwortet, die zur Entwirrung der Probleme wesentlich beitragen konnte, folgte die französische Volksfrontpresse einem Winke Moskaus und setzte die tolle Behauptung in die Welt, deutsche Truppen wären in Spanisch-Marokko gelandet und hätten von diesem spanischen Gebiet Besitz ergriffen. Die deutsche Presse enthüllte sofort die Hintergründe dieses bolschewistischen Hetzmanövers. Der Führer aber benutzte den üblichen Neujahrsempfang der Diplomaten, um die „Marokko-Krise" vor aller Welt vollends bloßzustellen. Er empfing den französischen Botschafter François-Poncet, und die gegenseitige Versicherung, daß beide Länder die Unversehrtheit Spaniens und der spanischen Besitzungen zu achten bereit seien, räumte eine Gefahr aus, die bedrohlich geworden war. Zweifellos war die Nichteinmischungspolitik während des ganzen Jahres ein besonders trübes Kapitel. Trotz aller Bemühungen in den Londoner Verhandlungen hörte die offene und versteckte Unterstützung der Valencia-Bolschewisten nicht auf. Monatelang trieben die Moskauer Versuche, am spanischen Krieg einen allgemeinen Weltbrand zu entwickeln, ihre giftigen Blüten. Mit am niederträchtigsten war die Guernica-Lüge, die in der englischen Presse verbreitet wurde und behauptete, die nordspanische Stadt Guernica sei durch deutsche Bombenflugzeuge dem Erdboden gleichgemacht worden. Doch die Bolschewisten begnügten sich nicht mit Verleumdungen als Mittel der Friedenssabotage, sondern gingen zu unmittelbaren Gewaltakten über. Nachdem schon vorher ein italienisches Schiff Tote und Verwundete durch einen roten Bombenangriff zu beklagen hatte, warfen am 29. Mai rote Flieger Bomben auf das im Dienste der internationalen Seekontrolle stehende

Panzerschiff „Deutschland",

31 deutsche Seeleute fielen im Dienste am Frieden, und 75 erlitten Verwundungen. Als Antwort sprachen die deutschen Geschütze bei Almeria. Hatte man auf die Solidarität der Kontrollmächte gehofft, so erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Deutschland und Italien schieden, zunächst vorläufig, doch als auch der bolschewistische Torpedoangriff auf den Kreuzer „Leipzig" keine gemeinsame Abwehr von Uebergriffen auszulösen vermochte, endgültig aus der Seekontrolle aus. Im Zusammenhang mit dem Versagen der Solidarität wurde der geplante Neurath-Besuch in London abgesagt.

Die Londoner Nichteinmischungsverhandlungen standen im Zeichen der ständigen Sabotage Moskaus. Wenn trotzdem nach langem Hin und Her, der britische Plan schließlich zur Annahme gelangte, so nur dank der unermüdlichen deutsch-italienischen Bemühungen, die Nichteinmischung wirksam zu

Heute Beilage: „Heimat und Volkstum"